

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Neupfleiderer Dresden.
Grenzblätter-Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Aufzogung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 30,- M., vierstündig 90,- M.
Die Umlage je 32 mm breite Zeile 7,- M., außerhalb Sachsen 8,- M., Familienangelegenheiten, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsnorm, 1 spaltige Ans- und Verkäufer je Zeile 5,- M. Abzugspflicht laut Tarif. Auswärtsliche Aufzüge gegen Korrekturabzahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1,- M.

Schließung und Hauptrichter: Marienstraße 38/40.
Deutsch. Verlag von Liepisch & Nitschke in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Hochdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gültig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Niederlage Frankreichs in der Anleihefrage.

Frankreich in der Reparationskommission übersiegt.

Paris, 7. Juni. Die Pariser Beobachter sehen sich heute genötigt, nach persönlichen Informationen Poincaré's, das französische Publizum auf die Niederlage Frankreichs in der Anleihefrage vorzubereiten. Es handelt sich um die Beantwortung der Anfrage des Morgankomitees, ob Deutschland an die Summen des Londoner Ultimatums gebunden bleiben müsse. Frankreich wollte den Bankiers das Recht zu einer solchen Pragstellung abstreiten, um eine unbedeckte Beantwortung zu vermeiden. Es ist aber in der gestrigen sehr erregten Sitzung der Reparationskommission von allen anderen Mächten übersiegt worden. Die Vertreter Englands, Italiens, Japans und Belgiens erklärt, dass die Frage des Morgankomitees beantwortet werden müsse und alle, auch der belgische Vertreter, sprachen sich für eine Schuldenherabsetzung aus. Heute wird diese Antwort durch Mehrheitsbeschluss formuliert werden. In der Antwort sollen aber mit Rücksicht auf die französische Empfindlichkeit einige Vorbehaltte gemacht werden.

Die theoretische Lösung des Anleiheausschusses.

Paris, 7. Juni. Zu der heutigen zu erwartenden Antwort der Reparationskommission auf die vom internationalen Anleiheausschuss gestellten Fragen schreibt der „Petit Parisien“ u. a.:

Der Bankierausschuss wird sich zweifellos für berechtigt halten, die Höhe der deutschen Schulden und der zu ihrer Rücksägmachung erforderlichen Anleihe zu fixieren. Die Lösung, die er vorschlagen wird, wird auf einer Minderung des Forderungen der Alliierten beruhen. Wahrscheinlicher sei indessen, dass die Reparationskommission den Anleiheausschuss erüben wird, sich nicht mit der Belasttheit der Schulden zu beschäftigen. In diesem Falle werde der Ausschuss eine mehr theoretisch Lösung suchen, die die Tür für eine spätere Lösung offenhalte.

Poincarés kategorische Weigerung.

Paris, 7. Juni. Die „Chicago Tribune“ berichtet, Poincaré habe der Reparationskommission durch Vermittlung von Dubois kategorisch erklärt, dass Frankreich in seine Herabsetzung der Reparationsansprüche willigen werde.

Pessimismus in Frankreich.

Paris, 7. Juni. Die französische Regierung hat ihre Botschafter in Washington und London angewiesen, bei der amerikanischen und englischen Regierung genaue Auffassungen vorzunehmen, inwieweit die beiden Regierungen einer allgemeinen Regelung der internationalen Kriegsschulden geneigt sind. Während die Berichte aus London ziemlich günstig lauten, berichtet der Botschafter aus Washington, dass die amerikanische Regierung nicht geneigt sei, in eine Erörterung dieser Frage einzutreten. Insofern die Tatsache wird das Schicksal der An-

leiheverhandlungen sehr pessimistisch beurteilt. Man glaubt selbst nicht mehr an ein Zustandekommen einer kleinen Anleihe, die für alle Teile unbefriedigend wäre, sondern glaubt, dass die Fortsetzung der Verhandlungen einer neuen Konferenz vorbehalten bleibe.

Fühlungnahme mit Amerika in der Anleihefrage.

Washington, 7. Juni. Telegramme aus Paris berichten über die Rücksichtslosigkeit, Schritte bei der amerikanischen Regierung zu unternehmen, um die alliierten Schulden in dem Maße herabzulegen, wie es die internationale Bankiers in Paris angesehen einer Regelung mit Deutschland in Wochschlag gebracht hatten. Aus London wird noch hierzulande gesagt, die englische Regierung sei dem Plan sehr geneigt, lehne es aber ab, die Initiative bei den Vereinigten Staaten zu ergreifen. Letzteres bezieht sich wahrscheinlich auf den Umstand, dass die amerikanische öffentliche Meinung einer Abschreibung der Schulden feindlich gegenübersteht. Die Regierung wird auch im Repräsentantenhaus keine Hilfe für den Plan finden. Von anderer Seite heißt es hier, die internationale Bankiers haben einzeln ihre Regierungen über den Stand ihrer Verhandlungen orientiert, wobei die Unmöglichkeit erklärt wurde, unter den vorliegenden Umständen Vorbereitungen für eine Anleihe zugunsten Deutschlands zu treffen. Die Verhandlung der Verhandlungen bis nach Klingeln war in der Erwartung erfolgt, dass sich die Regierungen innerlich zu der Frage äußern würden. Sollte eine negative Antwort erfolgen, dann werde sich die Finanzkonstruktion der Bankiers auflösen. „Wallstreet Journal“ weist auf die Möglichkeit hin, dass Präsident Harding am Scheitern der Verhandlungen verhindern werde, indem er die Botschafter von England und Frankreich mit neuen Richtlinien versehen wird.

Hugo Stinnes zur Anleihe.

Berlin, 7. Juni. Auf einer stark besuchten Versammlung von Wirtschaftsführern in Essen, die der Zwischenverband Nordwest deutscher Wirtschaftsvertretungen und die Vertretung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks einberufen hatte, erklärte laut einer Meldung der Deutschen Aug. „B.Z.“ am Schluss seiner Rede Hugo Stinnes, in der er die Krise einer internationalen Anleihe an Deutschland eingehend behandelte, dass wir könnten aus den Anleiheverhandlungen unendlich viel zu gewinnen, wenn die Geldgeber dafür sorgten, dass die Dinge in Europa so gefestigt würden, dass wirklich unterlagen durch eine Anleihe für die europäische Wirtschaft gelöscht werden. Ich muss betonen, dass ich die Gefahr, dass noch mehr deutsche Land befreit wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt werden, dass sie damit nichts erreichen und dass sie bei erhöhten Unruhen noch weniger bekommen.

Der Schachzug mit deutscher Reparationskohle

Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“.

Paris, 7. Juni. Aus französischen Kohlenexporteurkreisen wird vernommen, dass einheimische Exporteure den Versuch machen, deutsche Kohlen auf Umwegen zu Marktpreisen nach Deutschland zurück zu verkaufen. Die französische Regierung hat die Ausfuhr und Wiedereinfuhr von Kohlen freigegeben. Da in Frankreich während des Sommers leicht erhöhte Vorräte an Kohlen nicht abzusehen sind, so muss ein Auslandsmarkt gelüftet werden. Nach England ließen sich keine Abschläge erzielen. Nun will man deutsche Kohlen von französischen Häfen aus nach dem belgischen Gebiete liefern. Einweilen war über den Preis noch keine Einigung zu erzielen. Nach Danzig, Stettin und Hamburg hat man gleichfalls Lustere gemacht.

Die deutsche Antwort auf die Forderungen der Entente.

Berlin, 7. Juni. Wie mehrere Blätter hören, wird die deutsche Regierung auf die Entente völker über die Zerstörung und Räderung von Eisenbahnlinien im belgischen Gebiet eine Mitteilung an die Völkerfahrt vorbereiten, in der sie voraussichtlich den Standpunkt vertreten wird, dass ihrer Auffassung nach die Alliierten in ihrer Art die seit Kriegsende veränderten Grenzen und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und des belgischen Gebietes nicht berücksichtigt hätten. Die deutsche Regierung werde weiter den Nachweis führen, dass die bestandenen Eisenbahnen fast ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen und auf die Mittel der Entente hinweisen, die eine Zerstörung von Eisenbahnmaterial in dem verlangten Umfang erfordern würde.

Der Prozess um die Ermordung Erzbergers.

Offenburg, 7. Juni. Aus Anlass der heute vormittags begonnenen Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen Kapitänleutnant v. Killinger sind strengere Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Urteile darüber liegen darin, dass sich in letzter Zeit Anzeigen gezeigt haben, die auf Bläue einer gewaltsamen Befreiung Killingers schließen lassen. Die Staatsanwaltschaft war von einer in Elberfeld abgehaltenen Verhandlung unterrichtet worden, in der die Befreiung Killinger

längst beschlossen wurde. Ein früherer Bursche Killingers, der vor einiger Zeit in einem Offenburger Hotel auftrat, soll Verbindung mit verschiedenen verdächtigen Leuten gehabt haben. Auch hat er in angetrunkenem Zustand erzählt, dass ein Deutsch-Engländer einen Preis von 75 000 Mark ausgeschrieben habe, wenn Killinger befreit werden könnte. Zur heutigen Verhandlung haben nur für wenige Zuhörer Karten ausgegeben werden können, da der Saal klein ist. Staatsanwalt Dr. Bürger, der die gesamte Untersuchung des Falles Erzberger geleitet hat, vertritt die Anklage. Ihm zur Seite steht Staatsanwalt Schönauer. Auf dem Tische des Gerichts lagten die Kleidungsstücke. Die Jacke ist von sechs Knöpfen durchzogen. Am ganzen sind 100 Knöpfe geladen. Es sind aber nur die Jeugen geladen, die an dem betreffenden Tage in Brüggen kommen. Heute nachmittag wird als erste Zeugin die Witwe Erzbergers vernommen. Die bairische Regierung hat einen Vertreter entsandt, da die Verhandlungen mit dem Prozessbegleiter vereinbart waren, der demnächst in München verhandelt wird, in enger Verbindung stehen. Auf der Zeugenliste stehen Angehörige des geistlichen Standes. Viermal aus dem Kloster Beuron, Landleute aus dem Schwarzwald, Priesterträger sowie das Personal der Hotels und der Gasthäuser, in denen Schulz und Killinger während des Aufenthaltes im Schwarzwald gewohnt haben. — Die Verhandlung wurde ganz pünktlich eröffnet. Einige Minuten vor 9 Uhr wurde der Angeklagte, Kapitänleutnant v. Killinger, von zwei Polizeibeamten geleitet, in den Saal geführt. Er ist von mittlerer Größe, gedrungenes Gestalt und trägt einen brauen Sammelanzug. Die lange Unterzeichnungshand merkt man ihm nicht viel an. Killinger schürzte aufsäufig feinen Zebengang und vor allen Dingen die Art, wie er die beiden Erzbergermörder Zille und Schulz kennen gelernt hat. Großen Raum nahmen die Erwähnungen über die Organisation „Consul“ ein. Killinger war Verteil der zweiten Abteilung, der auch Zille und Schulz angehörten. Ein bewertenswertes Frage und Antwortspiel vollzieht sich zwischen dem Vorwürfenden und Killinger. Alle Gründe für die Gegnerlichkeit gegen Erzberger sollen aufgeklärt werden. Killinger erklärt, dass über Erzberger viel geschrieben worden sei, hauptsächlich wegen der Waffenstillstandsstrafe. Killinger verabschiedet sich über der Meinung, dass man Erzberger viel Unrecht getan habe.

Bei Rechtsanwälten kannen die Verhandlungen auf-

Was keiner versäumen sollte!

Ohne Ansicht auf Nachlassen tobt im heutigen Deut-land der Selbstmordversuch der Parteien, keilsind unsere Tochter unter uns wieder Helferhelfer, trotzdem von allen Seiten immer dringlicher der Ruf zur Einigkeit erhoben wird, trotzdem Worte und Taten der führenden Männer Frankreichs den ihm verfalligen deutschen Schädeln täglich aus neue einkämpfen müssen, das wir keine dringlichere politische Aufgabe haben, als den Kampf gegen die Schuldfrage. Beides hängt ja unlösbar miteinander zusammen. So lange Millionen Deutinger noch fest daran glauben, dass die einzige fairste Regierung den Krieg planmäßig verbeigeführt habe, so lange werden sie in ihr auch die Ursache ihrer heutigen Not sehen; und gerade diese Verbildung treibt sie in die Arme derer, die Deutschland diesmal endgültig vernichten wollen. So ist der Kampf gegen die Schuldfrage ebenso eine innere Aufgabe, wie eine außenpolitische; und ehe wir Deutlingen darüber nicht einig geworden sind, werden wir das zwar erprechte, aber darum nicht weniger unwahrselige Schuldbelehnung von Berlin aus nicht abschütteln können.

Der Arbeit für solche Ziele erwünscht eine besondere Schwierigkeit daraus, dass neben den von der Sozialdemokratie erneut auf den Klassenkampf eingeschworenen Massen eine in der Presse sehr einflussreiche Zahl von Intellektuellen steht, die teils idealistisch-pazifistische Schwärmer sind, teils Erben des radikalen Geistes des jungen Deutschlands und der alten Achtundvierziger; ihnen ist ein kräftiger Staat, wie ihn Deutschlands gefährdet geographische und politische Lage für uns unentbehrlich macht, von vornherein innerlich widerst. So kommt die amerikanische Zeitung „Action“ erst fürzlich folgend tiefeschämende Neuerrung eines deutschen Freunds“ aus jüngerer Zeit berichten: „Wir können jetzt atmen trok den Folgen der Niederlage, während wir den ganzen Krieg über das Gefühl hatten, dass wenn Deutschland Siegen würde, wir funktionslos gezwungen gewesen wären, jeden Laternenpfahl zu grünen.“

Was ist gegenüber diesen erschütternden Tatsachen zu tun? Von der Reichsregierung ist nach ihrem bisherigen Verhalten in dieser Lebensfrage des Volkes auch funktiv nicht viel zu erhoffen. Verschiedene tüchtige Organisationen erwerben sich unweisentlich große Verdienste; sie könnten aber keineswegs genügen, weil sie in erster Linie auf die Arbeit durch Reden, Vorträge und Traktatessen angewiesen sind und damit meist doch nur solche herantkommen, die ihren Anhänger von vornherein haben. Deutschlands innere und äußere Politik vor dem Kriege hat schwer darunter gelitten, dass ein armer Teil der Bevölkerung, Kaufleute, Beamte, Offiziere usw. sich von ihrem Berufe in solchem Umfang gefangen nehmen ließen, dass ihnen für die Lebensfragen von Staat und Volk weder Anteil noch Zeit übrigblieb, und der Reichstag, namentlich in der auswärtigen Politik, eine so nebenjägliche Rolle spielte. Nach dem Zusammenbruch haben sich viele enttäuscht und verzweigt, erst recht von alter Politik abgewandt, und verzweigt dabei, dass es sich in den großen Fragen, um die es jetzt geht, im höchsten Mass auch um ihre eigenen Interessen, um das Wohl der künftigen Geschlechter, handelt. Wenn uns wirklich geholfen werden soll, muss das Bürgerliche die in weiten Kreisen herrschende Gleichgültigkeit und träge Bequemlichkeit abhütteln, darf den Vor teil seiner besseren Einsicht und Bildung nicht ungenutzt lassen, wenn es von den proletarischen Massen nicht immer mehr an die Wand gedrückt werden will. An seinem Teile muss heute jeder Deutsche zum Politiker werden. Nicht umsonst kannten die Eltern des Alters der Strafen für solche Bürger, die ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland verhältnissäßig, und mit Bedacht legt Goethe die allzu zärrigen Worte: „Ein garsig lied! Bui, ein politisch lied!“ dem platten Spieker Brauner in den Mund. Die Sozialdemokratie ist groß geworden durch ihre agitatorische Kleinarbeit von Mensch zu Mensch, und in ähnlicher Weise müssen wir vorgehen. Die Not der Zeit und die soziale Umwidmung führen heute häufig genug ungeachtet der Aussprachen über Dinge, die alle bewegen, sei es auf der Bahnfahrt in der 4. Klasse, sei es, dass ein Handwerker im Hause arbeitet, oder eine ländliche Schlaerin über die schlechten Zeiten jammert. Auch den Briefwechsel mit Ausländern und Besuch von Freundschaftsvereinen aus den ehemals neutralen oder feindlichen Staaten dürfen wir nicht ungenutzt lassen. Eine ruhige, sachkundige Aufführung einer wichtiger oder wichtigeren Anklage hat oft überzeugendes Erfolg oder bringt doch mindestens die vorgefassten Meinungen ins Schwanken. Durch gelegentliche Misserfolge darf man sich keinesfalls abschrecken lassen.

Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg solcher Arbeit ist gründliche Sachkenntnis, und die war bisher gerade in der Schuldfrage nicht leicht zu erwerben. Ein Durcharbeiten dieser Altenklasse ist für den Richter nicht möglich, noch ratsam. In den nächsten Tagen aber werden wir ein ausgezeichnetes Hilfsmittel erhalten, uns über die Hauptpunkte der Schuldfrage nach ihrem neuesten Stande einzuholen, zuverlässig und doch rasch zu orientieren. Der Münchner Prozess über die Eisenerne Rätselhaftigkeit muss allen die Augen öffnen, die nicht unbedruckbare Ideologie verfallen sind oder, wie das wütende Schnippen verschiedener linksradikaler Blätter zeigte, sich aus Parteidräuschen der besseren Einsicht bewusst verschließen. Hauptanwältinger in dem von Eisner eingesetzten Privatsekretär Gedonbach an gestrengten Prozess war der Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte, die sich seit Jahren durch ihren sozialen Kampf für Deutschlands nationale Interessen ungemeine Verdienste erworben haben. Ich erinnere nur an die weit verbreiteten Sonderheiten die Gegenrechnung und der große Beitrag, für die die Verbote in den besetzten Gebieten eine beachtenswerte Anerkennung bedeuten.

SLUB
Wir föhren Wissen.